„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
If paid in advance:
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina

24. Jahrgang. 12 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 18. Februar 1931. 12 Seiten Nummer 16.

Ueber 12 Millionen Garantie für Weizenpool

Erklärte Provinzialschatzmeister McConnell in Saskatchewan-Legislatur

Bennett-Regierung in Ottawa soll helfend einspringen und die Landwirtschaft unterstützen

W. J. Patterson findet wenig Erfreuliches im Finanzbericht der Provinzverwaltung

Regina. — Dienstag, den 10. Februar, hielt Hon. Howard McConnell, der Provinzial-Schatzmeister, seine Budget-Rede in der Saskatchewan-Legislatur; er schilderte darin freimütig die Verhältnisse, wieche in der Provinz herrschen und die schwierige Lage der Regierung in der jetzigen harten Zeit. Der Minister betonte, daß der Rückgang der Einnahmen, der eine Folge der allgemeinen Depression in unserem Lande ist und die Notwendigkeit, die öffentlichen Einrichtungen in Betrieb zu halten und für Unterstützung zu sorgen, die Regierung in die Lage hineinzwang, in der sie nach weiteren Einnahmequellen Ausschau halten und gleichzeitig die Ausgaben einschränken mußte, um ihr Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Weiter erklärte er, die Regierung schlüge vor — da erhöhte Besteuerung nur zur Verschlimmerung der gegenwärtigen Lage führen würde, soweit die Steuerzahler in Betracht kommen — das „Alkohol-Erlaubnis-System" (liquor permit system) einzuführen, welches in anderen Provinzen üblich sei und die Möglichkeiten auszunützen, die Einkommen aus den Steuern zwischen der Provinzial- und der Bundesregierung neu zu verteilen, um die auf die Provinzen entfallende Bürde zu erleichtern.

Um den letzteren Punkt einer möglichen Erleichterung zu erläutern, lenkte Hon. McConnell die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Tatsache, daß der Premierminister R. B. Bennett sich verpflichtet habe, den Hauptanteil an den Ausgaben für Alterspensionen zu übernehmen, und auch die Forderung der Provinz um Beihilfe zum Bau von Straßen, welche „nationale Landstraßen" genannt werden könnten, anerkannte. Weitere Beihilfe könnte begründeterweise in Gestalt von Billigungen seitens der Bundesregierung für technische Schulen und zur Unterstützung der Landwirtschaft erwartet werden. Er gab ferner zu verstehen, daß;

die Dominion-Regierung

dazu veranlaßt werden könne, aus der direkten Besteuerung auszuscheiden; dies würde die Uebertragung der Einkommensteuer von der Bundesregierung auf die provinziale Verwaltung bedeuten.

Nachdem der Provinzial-Schatzmeister über ein Kassa-Defizit von $299,133.98 für das am 30. April 1930 zu Ende gegangene Fiskaljahr und über Ergänzungsvoranschläge in Höhe von $5,906,000 für das laufende Jahr berichtet hatte, zeigte er, wie die Regierung ihr Segel spannen wolle, um dem widrigen Wind standzuhalten. Schätzungen für das kommende Fiskaljahr 1931—32 erfordern eine Bewilligung von $29,688,275 gegenüber den $34,896,052 die in der letzten Session für das am 30. April zu Ende gehende Fiskaljahr gefordert wurden. Die Verringerung von $5,000,000 wird hauptsächlich durch die vorgeschlagenen Hauptausgaben erzielt, vor allem im Departement für Landstraßen und öffentliche Arbeiten. Die Einnahmen für das kommende Jahr wurden auf $19,369,115 geschätzt gegenüber den im Vorjahre genehmigten $17,740,552; diesem Betrag müssen die $1,900,000 hinzugezählt werden, die durch Hilfs-Anschläge gefordert werden, so daß sich die Gesamtsumme auf $19,739,552 stellt. Wie berichtet wurde, ist es größtenteils der Errichtung des neuen Departements für Naturwerte zuzuschreiben, daß auf dem Einnahmenkonto keine Verringerung eintrat.

Die Hauptthemen der Budget-Rede, über die man während der Sitzung noch mehr hören wird, können unter den folgenden Einzelheiten angeführt werden:

Staatsschulden: Hierzu bemerkte Hon. McConnell, daß der Bruttobetrag der Staatsschuld der Provinz Saskatchewan sich am 31. Dez. 1930 auf $85,511,960 oder auf $89.44 je Kopf belaufe. Er führte Zahlen an, welche zeigen, daß Saskatchewan's Bruttoschuld geringer sei als die von Manitoba, Alberta und British Columbien. Die Nettoschuld der Provinz betrug am gleichen Tage $49,192,100 oder $57.20 je Kopf. Der Minister gab sodann an, welche Preise für die während des Jahres herausgegebenen neuen Saskatchewan-Obligationen erzielt wurden; das Ergebnis ist im Vergleich zu dem von anderen Weitwannungen erwachten ein sehr günstiges zu nennen.

Weizenpool-Garantien

Im Verlauf seiner Rede gab der Minister eine offizielle Bekanntmachung der Verpflichtungen der Provinzial-Regierung in Bezug auf die Weizenpoolgarantien; der auf Basis der Schlußpreise der Börse vom vergangenen Dienstag errechnete Betrag lautet auf $12,000,000. Da der Weizenpreis steigt, wird die Verpflichtung im Verhältnis dazu abnehmen; gegen diese Garantie hält die Regierung jedoch Hypotheken auf Pooleigentum, darunter sein Hauptbürogebäude nebst Grundstück, sowie 1047 Elevatoren und Terminal-Elevatoren.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Urheber des Fünfjahresplanes abgesetzt

Moskau. — Fleb Krzhiazanowsky, allgemein anerkannt als der Urheber des Fünfjahr-Industrialisierungsplanes, ist von seinem Posten als Vizepräsident der staatlichen Plänekommission abgelöst und zum Mitglied des Obersten Wirtschaftsrats ernannt worden, in welcher Stellung er die Zentralverwaltung der Kraftstationen beaufsichtigen wird.

Polnischer Protest gegen Mißhandlung der Minderheiten

Berlin. — Eine Warschau-Depesche der Telegraphen-Union meldet, drei Mitglieder des Regierungsblocks im polnischen Sejm hätten ihr Abgeordneten-Mandat als Protest gegen die Mißhandlung der deutschen Minorität in Oberschlesien niedergelegt. Es sind dies die drei Universitäts-Professoren Zychlicki, Krzyzanowski und Rosnek.

Sowohl die Professoren von Warschau, wie ihre Kollegen von der Krakauer Universität haben gelegentlich Proteste gegen die Akte polnischen Wahlterrors in Oberschlesien veröffentlicht, jenen Wahlterror, welcher kürzlich durch die deutschen Protestnoten und durch die Eingabe des deutschen Gesamtbundes in Polen vor dem Völkerbundsrat in Genf vor aller Welt an den Pranger gestellt wurde.

Es hat somit den Anschein, daß sich die Intelligenten Polens nun gerade anschicken, den Maßnahmen abwenden, welche unter der Diktatur Pilsudskis und seiner Gefolgschaft gegen die Minoritäten, in erster Linie die deutsche, in Anwendung gebracht werden.

Frauen nehmen den Männern Arbeit und Verdienst weg

Berlin. — In deutschen volkswirtschaftlichen Kreisen wird dringend befürwortet, dem Problem der Arbeitslosigkeit durch Zurückweisung von Frauen zur Arbeit an eigenen Küchenherd abzuhelfen. Erklärt wird, daß zu viele Frauen derzeit Männerarbeit verrichten und dadurch an der Erwerbslosigkeit vieler arbeitsfähiger Männer in Deutschland schuld seien.

Von unterrichteter Seite wird berechnet, daß unter den angestellten Arbeitern im ganzen Lande, sich 11,500,000 Weibliche befinden; von diesen sind sind 39 Prozent verheiratet. Wenn diese verheirateten Frauen, angeblich 4,500,000 in der Gesamtzahl, zur Arbeit am Küchenherd zurückkehren und den Männern Erwerbsgelegenheit geben würden, so würde, nach Darlegung von Volkswirten, das Problem der Arbeitslosigkeit über Nacht verschwinden.

Eine unhaltbare Lage

Im britischen Unterhaus wird die dringende Notwendigkeit einer Kriegsschuldenkonferenz kräftig betont

London. — In einer Unterhausdebatte über die Wirtschaftsnot beschränkte sich Premier MacDonald auf ein unbestimmtes Lob seiner Partei für ihre Bemühungen zur Besserung der Arbeitslosigkeit, aber sein Parteigenosse, der hochangesehene Laborit Lieutnant Commander J. M. Kenworthy, forderte eine Neuaufrollung der Fragen der Kriegsschulden und Reparationszahlungen und wurde dabei von der Lady Astor, obwohl sie zur Oppositionspartei gehört, warm unterstützt.

Kenworthy hatte die Lady Astor in der Debatte, die sich eigentlich um das von den Liberalen beantragte große Programm zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit drehte, zu dieser Unterstützung herausgefordert. Er bezeichnete den gegenwärtigen Wirrwarr der Regelung von Kriegsschulden und Reparationszahlungen

als eine „ganz unmögliche Situation"

und bemerkte, daß sie immer schlimmer werde.

„Bisher," sagte er, „hat Deutschland nur kleine Zahlungen geleistet, welche wir nach Amerika ziehen ließen, und Amerika hat Deutschland das erforderliche Geld geliehen. Jetzt wagt Deutschland nicht mehr Geld zu hohem Zinsfuß von Amerika zu borgen, und wir werden bald unsere Märkte und den Weltmarkt mit zu irgend einem Schleuderpreis angebotenen deutschen Waren überschwemmt sehen.

„Ganz Amerika, wenigstens der ganze Osten Amerikas und die amerikanischen Bankiers, sind für ein Moratorium, aber der mittlere Westen Amerikas hat sich noch nicht gerührt und verharrt immer noch bei unserer Politik des Jahres 1926, daß die Deutschen zahlen müssen."

Kenworthy verlangte

die Einberufung einer Konferenz

zur Neuregelung der Kriegsschuldentilgung und der Reparationszahlungen und sprach die Ansicht aus, daß Amerika seine Mitbeteiligung daran nicht verweigern würde.

Lady Astor pflichtete den Bemerkungen, welche Kenworthy über den mittleren Westen der Ver. Staaten gemacht hatte, bei. Sie versprach ihren Einfluß auf beiden Seiten des Ozeans zur Aenderung der Situation aufzuwenden, die ihr Vorredner ganz richtig als „unmöglich" bezeichnet habe. Dann griff sie den Premierminister wegen seiner farblosen Rede an. Sie bemerkte spöttisch, sie zweifle daran, ob er ein so guter Sozialist sei wie sie selber. „Wenn der Premierminister die Empfindung hat, daß der Sozialismus das einzig Wahre ist, hätte er das in seiner heutigen Rede sagen sollen, aber das hat er nicht getan," rief sie aus. „Ich habe nichts gegen brandroten Bolschewismus oder Sozialismus, aber ich habe etwas gegen Heuchelei und Humbug."

Der neue Generalgouverneur und seine Gemahlin

Unser Bild zeigt den Earl of Bessborough, den neuernannten Generalgouverneur von Canada, und seine Gemahlin, die französischer Herkunft ist.

Die Ursachen des Weltkrieges

Reichstag gegen Kriegsschuldlüge und für unparteiische Untersuchung der Kriegsursache

In Verhandlungen über Revision des Youngplanes soll eingetreten werden.

Berlin. — Kriegsschuldlüge und Reparationen beherrschten die Verhandlungen des Reichstags, die angesichts der dunkelnden Konjunktur im Rationalsozialismus, sich in ruhigem Fahrwasser bewegten. Höheren Wellen erzeugten nur die Ausführungen an der Zeit, die die Tiefe des Versailler Vertrags aufzeichnen, nach der Deutschland die Alleinschuld am Weltkrieg aufgebürdet wird.

So hat denn der Reichstag einen Antrag des Zentrums zum Beschluß erhoben, in dem die Einsetzung einer paritätischen internationalen Kommission gefordert wird, deren Aufgabe es sein wird, den wirklichen Ursachen des Weltkriegs nachzugehen und auf Grund derselben festzustellen, wo der Schuld an der Herauftreibung des blutigen Ringens tatsächlich zu suchen ist.

Alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten stimmten für den Antrag. Des Weiteren nahm der Reichstag einen Antrag des christlich-sozialen Volksdienstes und der Kommunisten an, der die Regierung auffordert, mit den Gläubigernationen des Reichs

in Verhandlungen über eine Revision des Young-Plans einzutreten.

Der Antrag und die Unterstützung der Sozialdemokraten, die an dessen Annahme die einzige Bedingung knüpften, daß es der Regierung überlassen bleiben müsse, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann eine solche Aktion am durchschlagkräftigsten eingeleitet werden kann.

In Verbindung mit der Angelegenheit wurde auch eine Entschließung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten gutgeheißen, die eine wortlautende Veröffentlichung der in die Milliarden und Abermilliarden gehenden Reparationsgutschriften vorsieht, welche Deutschland seit dem Waffenstillstand bezahlt hat, sowie Angaben der bedeutendsten Akt auf dem Opferkonto der früheren alliierten und assoziierten Mächte im Lauf der Jahre niedergelegt hat.

Dagegen wurde ein Antrag der Bauernpartei, „die Schutzklausel des Youngplans sofort in Anspruch zu nehmen, energisch auf eine Revision der ganzen Reparationsfrage hinzuarbeiten, mit der ausgesprochenen Absicht, das Reich vollständig von den Lasten der Gutmachung zu befreien," mit 247 zu 121 Stimmen niedergestimmt. Für den Antrag stimmten nur Bauernpartei, Wirtschaftspartei, Christlich-Soziale und Kommunisten.

Nicht besser erging es einem Antrag der Kommunisten,

ohne Verzug alle Reparationszahlungen einzustellen.

Derselbe wurde mit 314 gegen 58 Stimmen begraben.

Ein Antrag, der von den Nationalsozialisten, ehe sie den Reichstag verließen, eingebracht worden war, dahingehend, daß Deutschland aus dem Völkerbund austrete, wurde gleichfalls niedergestimmt.

Mit einer Stimmenzahl von 255 zu 87 verworfen wurden drei zu Anfang der Woche eingebrachte Mißtrauensanträge gegen den Reichsaußenminister Dr. Julius Curtius. 29 Reichsboten enthielten sich der Abstimmung.

Gegen Bücherei und Schacher mit Bräuten

Moskau, Rußland. — Bestimmungen gegen Wucherei und Verkauf von Bräuten sind hier von dem 5. Sowjet-Kongreß für die Zentralexekutive in Moskau überreicht worden — mit dem Ersuchen, daß von den Exekutive dieser Brauch durch Gesetzerlaß strenge verboten werde. Die Resolutionen verweisen auf „diese schändliche Form der Ausbeutung, die hauptsächlich von den Kulaks geübt wird." Anordnung schwerer Strafen wird verlangt.

4,894,000 Arbeitslose in Deutschland

Berlin. — Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland betrug am 31. Januar insgesamt 4,894,000, was eine Zunahme um 129,000 seit dem 15. Januar darstellt.

Dr. Curtius über die Weltpolitik

Konnte ungestört im Reichstag sprechen, weil rechtsradikale Abgeordnete streiken

Bezeichnete Reparationsproblem als das Gespenst der Weltwirtschaft.

Berlin. — Zwei Vorkommnisse drückten der Reichstagssitzung vom 10. Febr. ihren Stempel auf. Einmal der ostentative Auszug der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Angehörigen des Landbundes in einer Stärke von rund 160 Abgeordneten aus dem Sitzungssaal mit der Erklärung, den Verhandlungen in Zukunft fern bleiben zu wollen. Sodann die gehaltreiche Rede des Reichsaußenministers Dr. Julius Curtius über Reparationen, Kriegsschuldlüge, Adriätung, Polengreuel und Völkerbund, die nicht verfehlte, einen starken Eindruck zu hinterlassen.

Der Auszug der Mitglieder der Rechten hatte sich bereits vollzogen, als Dr. Curtius das Wort ergriff, eine Tatsache, die den Außenminister wenigstens vor Anpöbelungen schützte und es ihm ermöglichte, seine Rede ohne Unterbrechung zu Ende zu führen.

Deutschland habe nicht die Absicht, den Young-Plan zu zerreißen, sei es doch nach dem Völkerrecht an diesen Plan gebunden, erklärte Curtius zu Beginn seiner Rede. „Indes," fuhr er fort, „haben wir nie garantiert, daß wir im Stande sein würden, die übernommenen Reparationsverpflichtungen auch tatsächlich einzulösen. Seit der Haager Konferenz haben die wirtschaftlichen Beziehungen der Welt

revolutionäre Aenderungen

erfahren, und doch ist der Geist der internationalen Zusammenarbeit soweit noch nirgends erkenntlich."

Heute schon einen Termin ansetzen zu wollen, an dem Deutschland eine Aktion zur Revidierung des Young-Plans einleiten würde, sei nicht angänglich, da die internationale Lage den Zeitpunkt zu bestimmen habe. Ziel der deutschen Außenpolitik sei die Heranführung wirklicher nationaler Freiheit und internationaler Gleichheit durch friedliche Mittel. Er wies in dieser Hinsicht auf die Besetzung der deutsch-französischen Beziehungen hin und erklärte, diese seien grundlegend bei Errichtung eines europäischen Staatenbundes. Mit Freuden sei es zu begrüßen, daß Sowjet-Rußland und die Türkei eingeladen worden seien, an der paneuropäischen Wirtschaftskonferenz teilzunehmen.

Gegen das von den Hitlerleuten angeregte Ausscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund kämpfte der Redner mit aller Entschiedenheit an. Die Zeit dafür sei nicht reif. Trotz der vielen Enttäuschungen, welche Deutschland erlebt habe, sei es immer besser innen als außen zu sein, wie schon Dr. Hans Luther, der damalige Kanzler und jetzige Reichsbankpräsident, bei Eintritt des Reichs in die Liga erklärt habe.

Keinesfalls dürfte aber der Wiederaufbau Europas sich auf die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg gründen. Die Behauptung, daß Deutschland die alleinige Schuld am Weltkrieg trage,

sei nicht haltbar.

Vor einem Forum unparteiischer Richter und Historiker werde, wie schon Reichspräsident von Hindenburg gesagt, es nicht schwer halten, diese These des Versailler Vertrags zu widerlegen. Die Regierung wer-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Dr. Dernburgs Appell

Internationaler Handelskammer Anregungen unterbreitet.

Paris. — Dr. B. Dernburg, der ehemalige Reichsfinanzminister, hat an das Komitee für internationale Regelungen der Internationalen Handelskammer appelliert, sich für Verminderung der deutschen Reparationszahlungen und der interalliierten Schulden einzusetzen.

Dr. Dernburg unterbreitete dem Komitee einen dreifachen Plan zur Behebung der gespannten Lage auf dem Goldmarkte, die dadurch entstanden ist, daß einige wenige Länder gewaltige Goldreserven angesammelt haben, während in vielen Staaten große Goldknappheit besteht. In Erläuterung seiner Vorschläge führt Dr. Dernburg aus, daß der gegenwärtige Goldvorrat der Welt überhaupt ungenügend ist für die Handels- und Industriebedürfnisse, wenn er gleichzeitig die Last der Liquidierung politischer Schulden zu tragen hat.

Die drei Anregungen des Dernburgischen Planes sind: 1. Hebung des Exports der Schuldnernationen durch internationale Zusammenarbeit; 2. Stimulierung des Kapitalsexports finanzkräftiger Nationen nach Gebieten, in denen rentable Arbeiten unternommen werden können; 3. die Herabsetzung der Nominalbeträge der interalliierten Schuldverpflichtungen.

Die Kreditgewährung an verhältnismäßig unentwickelte Nationen wird nach Dr. Dernburgs Ansicht Deutschland eine Gelegenheit zur Gewinnung neuer Märkte geben, die es benötigt, um seinen Reparationsverpflichtungen gerecht zu werden, da eine Leistung dieser Zahlungen in Gold letzten Endes undurchführbar ist.

Britische Steuerzahler werden schwer belastet

London. — Die Arbeitslosenunterstützung während des Finanzjahres, das am 1. April beginnt, wird, wie offiziell geschätzt wird, den britischen Steuerzahlern zwischen $250,000,000 und $275,000,000 oder selbst noch mehr kosten. Diese Zahlen sind in einem Bericht enthalten, der vom britischen Schatzamt der Königlichen Kommission für Arbeitslosenversicherung übergeben wurde. Der Bericht betont die Schwere der Lage und fährt fort: „Die Erhöhung der Auslagen in 1930 über die von 1928 betrug $125,000,000 und die Erhöhung von 1931 über 1928 dürfte sich auf mindestens $225,000,000 belaufen. Selbst bei den günstigsten Umständen würde eine so große und schnelle Erhöhung den Haushaltsplan weit übersteigen."

Frankreich in Wirtschaftsnot

Paris. — Wie von informierter Seite in Erfahrung gebracht werden konnte, sind gegenwärtig 300,000 Personen in Frankreich beschäftigungslos und weitere 1,350,000 arbeiten nur Kurzzeit. Die Regierung erachtet die Lage als ernst, jedoch nicht gefahrdrohend und trifft Vorbereitungen, um diese Erscheinungen durch vermehrte Bewilligungen von staatlichen Mitteln zur Durchführung öffentlicher Arbeiten zu bekämpfen.

Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen erhalten 30,000 von den Arbeitslosenfonds der verschiedenen Gemeinden direkte finanzielle Unterstützung. Es hatte den Anschein, als ob der erste Schritt des Ministerpräsidenten Laval darin bestehen würde, weitere Mittel für solche Gemeindeb bereitzustellen, in denen die Arbeitslosigkeit am stärksten in Erscheinung tritt, um die dringend erforderliche sofortige Hilfe zu veranlassen.

130 Millionen-Anleihe für Deutsches Reich

Berlin. — Das Reichsfinanzministerium hat mit einer Gruppe deutscher, französischer und britischer Bankiers ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem 130,000,000 Mark (ungefähr 31,000,000 Dollars) der Reichsfinanzabteilung gegen Sicherheit, die aus Vorzugs-Reichsbahnaktien im Besitze der Regierung besteht, zur Verfügung gestellt werden. In politischen Kreisen wird diese Vereinbarung als ein Beweis des rückkehrenden Vertrauens des Auslands in die Reichsfinanzlage betrachtet.